

Zivilschutz in der Gemeinde Senden

„Deutschland ist strukturell nicht zu verteidigen“

Zum Bericht „Wie sich Senden vor Krisen wappnet“ vom 18. Dezember 2025 und zur laufenden Leserbriefdiskussion bezüglich des Zivilschutzes in der Gemeinde Senden:

Wenn es zu einem Krieg kommt, ist also jeder selbst für seinen Schutz verantwortlich und kann nicht auf staatliche Hilfe hoffen. Nein! Wer eine Politik der „Kriegstüchtigkeit“ verfolgt, die Gesellschaft und den Staat auf einen Krieg vorbereitet (natürlich als Abschreckung), der muss auch dafür sorgen, dass die Bevölkerung geschützt wird. Andernfalls würden im Kriegsfall auch in Senden Menschen verhun-

gern, verdursten oder erfrieren. Es käme zu chaotischen Zuständen, wo die Menschlichkeit schnell an ihre Grenzen stößt.

Wer jedoch den „Deutschlandplan“ liest, weiß, dass die Weichen im Zivilbereich für einen Kriegsfall längst gestellt sind. Alle Bereiche sind betroffen – die „blauen“ Sicherheitskräfte, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Strom, Wasser, Medikamenten, die komplette Infrastruktur, bis hin zum Krankenhauswesen.

Auch das gilt für Senden. Systemimmanent ist dies logisch. Selbst die Anordnung, dass in Krankenhäusern verletztes militärisches Personal

Vorrang vor Schwerstverletzten und Zivilisten bekäme, um Soldaten schnellstmöglich wieder einsatzfähig zu machen. Auch wer diese Abschreckungspolitik für richtig hält, muss sich fragen lassen: Geht diese Strategie auf? Es gibt viele Militärs (vor allem ehemalige mit Erfahrung) und Wissenschaftler, die zu dem Schluss kommen: Deutschland ist strukturell nicht zu verteidigen.

Deutschland ist ein kompliziertes, komplexes und vernetztes System. Allein durch PC-Angriffe ist es lahmzulegen. Dazu braucht man nicht Militär. Und durch wenige Angriffe auf die vernetzte Infrastruktur wäre

Deutschland nicht mehr handlungsfähig.

Verteidigung mit Militär ist zwecklos. Und wer dies dann immer noch für richtig hält, der gucke in die Ukraine. Dort kann man sehen, was militärische Verteidigung bedeutet: Zerstörung, Tod und

Leid. Wir sollten über Sicherheitspolitik in Europa neu nachdenken. Und dann entsprechend handeln!

**Sven Hoffmann
und Bernd Lieneweg,
Sprecher der Agenda 21 Senden
Dornekamp**

■ Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe mit mehr als 2000 Zeichen werden nicht veröffentlicht. Ihr Leserbrief erreicht uns am schnellsten per E-Mail an redaktion.sen@wn.de. Für den Zweck einer Verifizierung benötigen wir Ihre vollständige Postanschrift und Ihre Telefonnummer. Nähere Informationen zu unserem Umgang mit personenbezogenen Daten erhalten Sie unter www.wn.de/service/datenschutz. Wir behalten uns ausdrücklich vor, mit dem Leserbrief auch Ihren Namen und Ihre konkrete Adresse zu veröffentlichen. Erklären Sie dazu nicht Ihr Einverständnis, kann eine Veröffentlichung nicht erfolgen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.